

## ANTRAG

der Abgeordneten Mag. Samwald, Weninger, Kocevar, Pfister, Prischl, Mag.<sup>a</sup> Scheele, Schindele, Schmidt, Schnabl, Dr. Spenger, Mag.<sup>a</sup> Suchan-Mayr und Zonschits

### **betreffend: Mietenstopp jetzt statt Mogelpackung**

Laut Statistik Austria beträgt die Inflation im August 7,4 %. Die verfehlte Politik der Bundesregierung führt Österreich damit in Westeuropa auf den – für ein exportorientiertes Land wie Österreich desaströsen - letzten Platz bei der Inflationsentwicklung.

Der von der SPÖ lange geforderte Mietenstopp hätte dazu geführt, dass sich die Inflationsrate merkbar reduziert hätte. Stattdessen legte die Regierung am 30. August dem Nationalrat einen sogenannten Mietendeckel vor, der eine Begrenzung des Anstiegs bei den gesetzlich geregelten Mieten in den nächsten drei Jahren von 5% pro Jahr vorsieht. Die 500.000 Wohnungen im nicht gesetzlich geregelten Mietsektor werden von der Regierung überhaupt nicht berücksichtigt. Hier handelt sich aber um die teuersten Wohnungen, die durch die Wertsicherungsklauseln in ihren Mietverträgen in den letzten eineinhalb Jahren um bis zu 25% teurer geworden sind. Der von der Regierung vorgelegte Mietendeckel garantiert den Vermietern daher weiterhin Rekordgewinne auf Kosten der Mieterinnen und Mieter.

Nicht nur für die SPÖ, sondern auch für zahlreiche Experten ist das nicht nur viel zu spät sondern auch völlig unzureichend. Angesichts der seit Monaten anhaltenden Rekordteuerung, die bereits tief in die Mittelschicht hineinreicht, forderte und fordert die SPÖ weiterhin einen Stopp für jegliche Mieterhöhungen in den nächsten 3 Jahren. Sowohl die gesetzlich vorgesehenen Miet-Indexierungen, wie auch jene Mieten, die mittels Wertsicherungsklausel an die Inflation angepasst werden, sollen durch ein Sondergesetz bis Ende 2025 eingefroren werden.

Die Richtwertmieten sind im April 2022 um 5,6% gestiegen, im April 2023 erhöhten sie sich um weitere 8,6%, weil die Regierung die Anträge der SPÖ auf ein Aussetzen der Erhöhung mehrmals abgelehnt hatte. Die Kategoriemieten stiegen in den letzten 15 Monaten um fast 24%, die letzte Erhöhung erfolgte im Juli 2023 um 5,5%.

Rund 1,2 Mio. Haushalte leben in Österreich in einer Mietwohnung, die dem Richtwert- oder Kategoriemietregime unterliegen oder überhaupt preislich unreguliert sind. Jeder 5. Euro (also rund 20%) der Haushaltsausgaben wird für die Wohnungsmiete aufgewendet. Haushalte mit kleineren Einkommen geben 30 bis 40% oder sogar inflationsbedingt bereits 50% ihres Einkommens für die Miete aus. Viele Menschen kommen durch die anhaltend hohe Inflation in eine prekäre finanzielle Situation, die durch das Nicht-Handeln der Regierung weiter verschärft wird.

Die Mieterhöhungen belasten damit weiterhin die ohnehin viel zu hohen Inflationsraten, nicht nur zum Schaden für die betroffenen Mieter, sondern auch für die gesamte Wirtschaft. Selbst WIFO-Chef Gabriel Felbermayr, forderte daher bereits im Frühjahr eine Mietpreisbremse und einen Ausstieg aus der Indexierungsautomatik. Es braucht aber insgesamt ein neues System. Ein System mit klaren Mietobergrenzen sowie einen neuen Index für die Mietpreisentwicklung, wie etwa die Orientierung am EZB-Leitzinssatz mit einer Deckelung von 2% p.a.

Im Übrigen haben sich die Mieteinnahmen der Immobilienwirtschaft seit dem Jahr 2008 mehr als verdoppelt – von 1,9 Mrd. € auf 4 Mrd. € im Jahr 2021. Im Jahr 2022 hat die Immobilienwirtschaft zusätzliche Einnahmen von 450 Mio. Euro erwirtschaftet, in diesem Jahr werden es durch die höhere Inflation noch höhere Einnahmen sein - es wird daher Zeit, dem Mietanstiegsautomatismus ein Ende zu setzen und den Menschen richtige Entlastung statt Mogelpackungen anzubieten.

Die Gefertigten stellen daher den

### **Antrag**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern, umgehend ein Paket mit sofort wirkenden Maßnahmen gegen hohen Mietsteigerungen auszuarbeiten und dem Nationalrat zuzuleiten, die insbesondere folgende Maßnahmen vorsehen:

- die Rücknahme der Erhöhungen der Richtwert- und Kategoriemieten vom 1. April 2023 bzw. 1. Juli 2023
- das Einfrieren sämtlicher Mieten (inklusive der privaten Mieten sowie der Geschäftsraumieten) bis Ende 2025

- ab 2026 erfolgt die Indexierung nicht mehr nach VPI, sondern richtet sich am Leitzinssatz der EZB aus, maximal jedoch 2% p.a.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.